



Für das Dachauer Land im Landtag

Pressemitteilung

Sonntag, 14. November 2013

CSU-Parteitag billigt einstimmig familienpolitischen Antrag des CSU-Kreisverbands Dachau - Hoffnung für ungewollt kinderlose Paare

Einstimmig ist der CSU-Parteitag am Freitag dem Vorschlag des CSU-Kreisverbands Dachau gefolgt, dass die finanzielle Unterstützung für ungewollt kinderlose Paare verbessert werden muss. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung des früheren Kreisvorsitzenden der Jungen Union (JU), Christopher Hollfelder, hatte in der ersten Jahreshälfte einen entsprechenden Vorschlag gemacht, den die CSU-Kreis-Delegiertenversammlung am 8. Juni 2013 mit großer Mehrheit angenommen hatte. "Nun hat auch der CSU-Parteitag unserem Antrag zugestimmt, noch dazu einstimmig. Das ist ein toller Erfolg für unsere engagierten Familienpolitiker um Christopher Hollfelder und seine Nachfolgerin als JU-Kreischefin Lena Eberl, aber auch für den gesamten CSU-Kreisverband Dachau. Damit können nun Paare, die ungewollt kinderlos sind, hoffen, bei einer Kinderwunschbehandlung stärker als bisher entlastet zu werden", erklärte CSU-Kreisvorsitzender Bernhard Seidenath, Stimmkreisabgeordneter für den Landkreis Dachau im Bayerischen Landtag und stellvertretender Vorsitzender des neuen Landtags-Ausschusses für Gesundheit und Pflege.

In dem nun vom Parteitag beschlossenen Antrag werden die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag aufgefordert, sich für eine verbesserte finanzielle Unterstützung von Kinderwunschbehandlung wegen ungewollter Kinderlosigkeit einzusetzen. Kinderwunschbehandlungen sollen deutlich höher als bisher gefördert werden. Betroffenen Paaren soll für die ersten vier Versuche ein Eigenanteil von maximal zehn Prozent der Gesamtkosten zugemutet werden.

Als Begründung führt der Antrag an, dass ungewollte Kinderlosigkeit für die Betroffenen eine große psychische Belastung darstelle. Bei einer Kinderwunschbehandlung kämen zudem noch erhebliche finanzielle Belastungen hinzu. Die einzelne Behandlung koste zwischen 2.000 und 6.000 Euro. Bislang werden von den Krankenkassen nur die Kosten für maximal drei Behandlungen zu 50 Prozent übernommen. Die Erfolgswahrscheinlichkeit der einzelnen Behandlung liegt aber nur bei 25 Prozent. Bis 2004 waren deshalb vier Behandlungen von den Krankenkassen voll übernommen worden. Nach 2004 waren die Behandlungszahlen und damit die Geburten nach künstlicher Befruchtung stark – von 17.000 auf 8.000 – zurückgegangen. Der Wunsch des CSU-Kreisverbands Dachau und nun der gesamten CSU ist es, mit Hilfe der Krankenkassen und/oder des Freistaats in die Nähe der alten Rechtslage zurückzukehren.

"Nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist es nicht vertretbar, dass Paare, die sich entschieden haben, Kinder zu bekommen, hierzu aber medizinische Unterstützung benötigen, derart hohe finanzielle Hürden überwinden müssen", betonte Seidenath.